



KANTON
NIDWALDEN

LANDRAT

KOMMISSION FÜR FINANZEN, STEUERN,
GESUNDHEIT UND SOZIALES FGS

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 04, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246

An die Mitglieder des Landrates

Stans, 21. September 2022

Landratsbeschluss über einen Nachtragskredit zur Lohnsumme 2022 und separater Beschluss für das Jahr 2023 zur Erweiterung des Leistungsauftrages für die Bewältigung der Ukraine-Krise; Mitbericht der Kommission für Finanzen, Steuern, Gesundheit und Soziales

Sehr geehrter Herr Landratspräsident
Sehr geehrte Landrätinnen und Landräte

Die Kommission für Finanzen, Steuern, Gesundheit und Soziales (FGS) hat an der Sitzung vom 21. September 2022 in Anwesenheit von Regierungsrat Peter Truttmann und Regierungsrätin Michèle Blöchliger den Antrag des Regierungsrates vom 6. September 2022 beraten. Sie erstattet dem Landrat gestützt auf Art. 23b Abs. 1 des Landratsgesetzes und auf § 92 des Landratsreglements Mitbericht.

1 Ausgangslage

Mit Beschluss Nr. 504 vom 6. September 2022 beantragt der Regierungsrat dem Landrat die Verabschiedung des Nachtragskredits zur Lohnsumme 2022 und separater Beschluss für das Jahr 2023 zur Erweiterung des Leistungsauftrages für die Bewältigung der Ukraine-Krise. Bisher sind rund 340 Schutzsuchende aus der Ukraine dem Kanton Nidwalden zugewiesen worden. Gemäss Annahmen des Staatssekretariates für Migration (SEM) ist im kommenden Jahr von bis zu 600 ukrainischen Schutzsuchenden im Kanton Nidwalden auszugehen. Die bestehenden Personalressourcen waren für den bisherigen Zustrom an Schutzsuchenden nicht ausreichend, weshalb neue Stellen geschaffen werden mussten. Die Rekrutierung weiterer Personen kann nötig werden, diesbezüglich sollen vorsorglich entsprechende Mittel reserviert werden. Die Lohnsumme für die Bewältigung der Ukraine-Krise soll um 1'880'100 Franken für das Jahr 2022 und um 4'702'100 Franken für das Jahr 2023 erhöht werden.

2 Stellungnahme der Kommission FGS

Der Kommission für Finanzen, Steuern, Gesundheit und Soziales wurde im Rahmen der Beratung aufgezeigt, dass die aktuelle Situation in Zusammenhang mit der Ukraine-Krise für den Kanton eine grosse Herausforderung darstellt. Angesichts der stark gestiegenen Zahlen an Asylsuchenden musste sich das Amt für Asyl und Flüchtlinge in Teilbereichen neu organisieren. Auch in anderen Ämtern ist es teilweise zu einem erheblichen Mehraufwand gekommen.

Zudem muss der Kanton auf einen künftigen raschen Anstieg von Schutzsuchenden vorbereitet sein. Dies bedeutet unter anderem auch, dass der Kanton verpflichtet ist, Wohnungen auf Reserve zu mieten. Der Kommission wurde versichert, dass die Mittel ausschliesslich zur Bewältigung der Ukraine-Krise eingesetzt werden. Ausserdem werden die Aufwände zu einem grossen Teil durch die Bundesbeiträge ausgeglichen. In der Kommission wurde auch über den Schutzstatus S diskutiert. Dieser ist bis Ende März 2023 befristet und die Diskussionen auf Bundesebene über die Anschlusslösung laufen. Die Kommission ist sich einig, dass der Kanton in dieser ausserordentlichen Krise einen angemessenen Beitrag zu leisten hat und der Nachtragskredit daher zu verabschieden ist.

3 Antrag der Kommission FGS

Die Kommission für Finanzen, Steuern, Gesundheit und Soziales beantragt dem Landrat mit 10:0 Stimmen (keine Enthaltung) den Landratsbeschluss zu verabschieden.

Freundliche Grüsse

KOMMISSION FÜR FINANZEN, STEUERN, GESUNDHEIT UND SOZIALES FGS



Roland Blättler
Präsident



Mlaw Melanie Rogger
Kommissionssekretärin